

**Medienmitteilung vom 15. Januar 2008**

## **Ja zu einer gerechten Steuersenkung für Familien und Mittelstand**

**Das breit abgestützte Abstimmungskomitee «Ja zum Volksvorschlag» hat heute Mittwoch die Kampagne zur Abstimmung über die Steuergesetzrevision und den Volksvorschlag eröffnet. Der Volksvorschlag ermöglicht eine gerechte Steuersenkung für Familien und Mittelstand und reduziert das Risiko neuer Schulden. Wie das Komitee an einer Medienkonferenz ausführte, ist eine innovative Kampagne geplant; verteilt werden u.a. Flyer in Portemonnaieform.**

Die Steuergesetzrevision des Grossen Rates ist eine kompromisslose, unsoziale Vorlage einer knappen Parlamentsmehrheit. Der Volksvorschlag ist die verantwortungsvolle und gerechte Alternative dazu. Der Volksvorschlag schlägt folgende Abweichungen zur Vorlage des Grossen Rates vor: Einen höheren Kinderabzug, eine Fokussierung der Einkommenssteuersenkung auf tiefere und mittlere Einkommen (bis zu einem Bruttoeinkommen von Fr. 200'000) und eine geringere Senkung der Vermögenssteuer. Der Volksvorschlag ermöglicht eine substantielle Steuersenkung von 238 Mio. Franken, reduziert jedoch die Ertragsausfälle der öffentlichen Hand um 51 Mio. Franken.

Familien mit Kindern werden im Kanton Bern steuerlich stark belastet. Die problematische Mehrbelastung liegt für diese Haushaltskategorie im Einkommensbereich zwischen 60'000 und 150'000 Franken. Dank der zusätzlichen Erhöhung des Kinderabzuges und der Fokussierung der Einkommenssteuersenkung auf diesen Einkommensbereich bringt der Volksvorschlag hier eine nachhaltige Korrektur. Marianne Streiff-Feller, Grossrätin und Fraktionspräsidentin der EVP, wies an der Medienkonferenz darauf hin, dass der Volksvorschlag «für Familien mit Kindern eine höhere Entlastung als die Vorlage des Grossen Rates» biete. Deshalb sei der Volksvorschlag «die Chance für die Familien».

Ueli Stückelberger, Stadtrat und Fraktionspräsident der GFL Stadt Bern, betonte, dass der Volksvorschlag einen «vernünftigen Kompromiss» darstellt. Stückelberger erinnerte an die nicht weit zurückliegende massive Verschuldung des Kantons. Heute seien die Finanzen wieder einigermaßen im Lot; zu diesem Zustand müsse man Sorge tragen, appellierte er. Auch aus Gemeindeperspektive ist der Volksvorschlag die bessere Variante, wie der Disput zwischen dem Verband Bernischer Gemeinden und dem Regierungsrat aufzeigt: Es darf nicht sein, dass Gemeinden zu Steuererhöhungen getrieben werden, damit der Kanton eine unsoziale und übertriebene Steuersenkungsvorlage finanzieren kann.

Das Komitee «Ja zum Volksvorschlag», dem insgesamt über 100 Persönlichkeiten von allen politischen Ebenen angehören, plant eine innovative Abstimmungskampagne, wie Blaise Kropf, Co-Präsident der Grünen, ausführte. Am Mittwoch verteilten Mitglieder des Komitees auf dem Bärenplatz mit einem Schokoladetaler gefüllte Flyer in Portemonnaieform an die Passantinnen und Passanten. In den kommenden Wochen sind zahlreiche Standaktionen im ganzen Kantonsgebiet geplant. Das Komitee will die

Stimmberechtigten am Arbeitsplatz, auf der Strasse und zuhause für den Volksvorschlag sensibilisieren. SP-Präsidentin Irène Marti Anliker, zeigte sich gestern denn auch überzeugt, die Abstimmung vom 24. Februar zu gewinnen. Der Volksvorschlag sei «Ausdruck einer vernünftigen, lösungsorientierten Politik.» Und Corrado Pardini, Präsident des kantonalen Gewerkschaftsbundes, ergänzte, dass bei Bernerinnen und Bernern «der Gedanke der Gerechtigkeit tief verankert» ist.

**Für weitere Auskünfte:**

Blaise Kropf, Co-Präsident Grüne Kanton Bern, 079 263 47 68